

IWS-Länderprofil Österreich

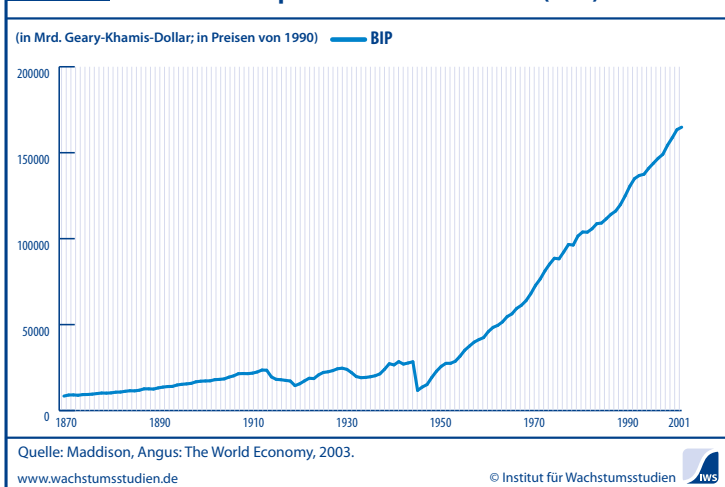
1 Volkswirtschaftliche Entwicklung

1.1 Bruttoinlandsprodukt / Wirtschaftswachstum

In der langfristigen Betrachtung von 1870 bis 2001 zeigt Österreich eine für moderne Volkswirtschaften typische Entwicklung (siehe Grafik 1): Bis vor dem ersten Weltkrieg ist ein leicht exponentieller Trend feststellbar, wie er oftmals nach der Industrialisierung beobachtbar ist. Die Phase zwischen erstem und bis nach dem zweiten Weltkrieg spiegelt die gravierenden Umbrüche und damit verbundenen Rückschläge der wirtschaftlichen Leistungskraft wider. Kurz nach Ende des Krieges steigt dann das Bruttoinlandsprodukt steil an. Auch diese Phase ist als typisch zu bezeichnen: Einerseits ging der Wohlstandsanstieg rasch weit über alles bisher Gekannte hinaus, andererseits handelt es sich dabei um keinen exponentiellen, sondern einen klar linearen Trend.

Grafik 2 (BIP/Wachstum 1970 bis 2009) zeigt trotz gewisser Schwankung ebenfalls den linearen Trend, der zu tendenziell sinkenden Wachstumsraten führt. Wird der lineare Trend extrapoliert und in Wachstumsraten übersetzt (IWS-Wachstumsgrundwert), so ergibt dies für das kommende Jahrzehnt (2010-2019) ein im Durchschnitt noch erwartbares Wachstum von etwa 1,8% (zum Vergleich Deutschland: 1,3%).

Grafik 1 Bruttoinlandsprodukt von Österreich (real) 1870-2001



Basisdaten 2008	
Österreich	Deutschland
Bevölkerungszahl:	
8.333.109	82.772.160
Bruttoinlandsprodukt (BIP):	
315,6 Mrd. US-\$	2.909,7 Mrd. US-\$
BIP pro Kopf:	
37.858 US-\$	35.432 US-\$
Arbeitsproduktivität (BIP pro gearbeitete Stunde):	
45,6 US-\$	50,5 US-\$
Erwerbstätigenquote ^{a)} :	
72,1%	70,2%
Arbeitslosenquote:	
3,9%	7,3%
Staatsverschuldung (in % des BIP):	
66,2%	68,8%
Einkommensungleichheit 2005 (Gini-Koeffizient ^{b)}):	
0,27	0,30

US-\$-Beträge in Kaufkraftparitäten: Um die unterschiedliche Kaufkraft und insbesondere Wechselkursschwankungen zwischen verschiedenen Länder auszugleichen, werden Kaufkraftparitäten verwendet.

a) Die Erwerbstätigenquote bezeichnet den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung.

b) Gini-Koeffizienten können beliebige Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Je näher der Gini-Koeffizient an 1 ist, desto größer ist die Ungleichheit.

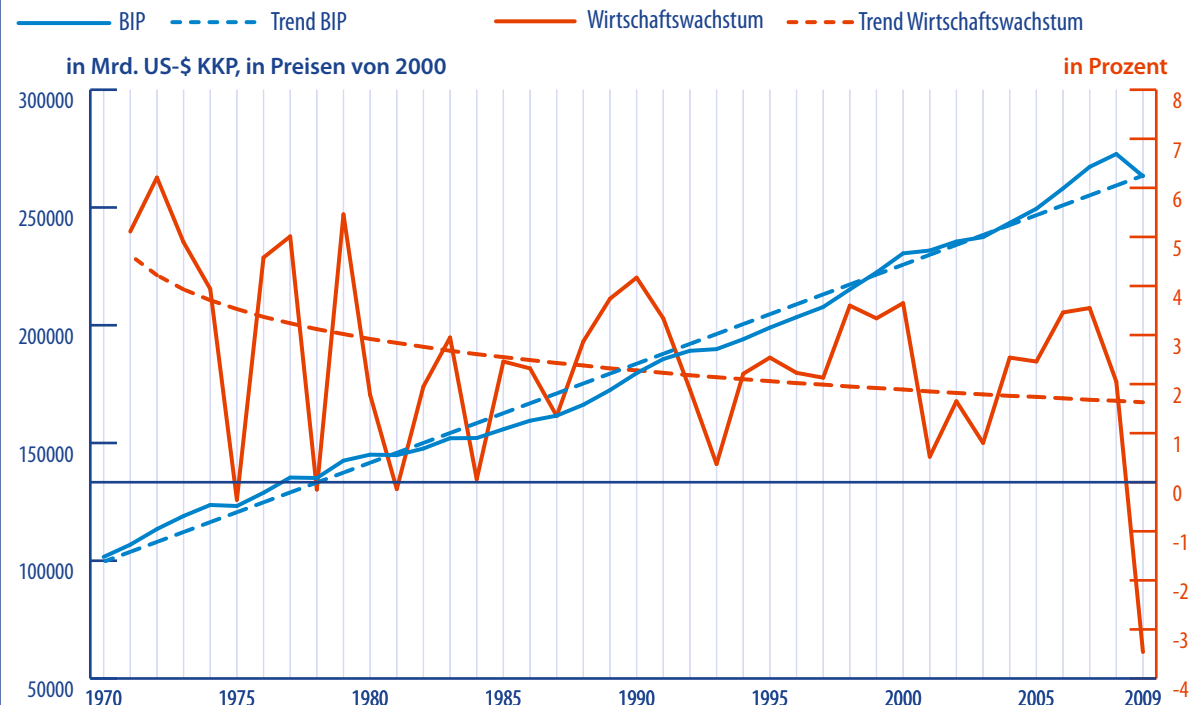
Quelle: OECD.Stat, General Statistics, URL: <http://stats.oecd.org>

1.2 Wachstum und Arbeitslosigkeit

Welche Kausalitäten zwischen der Höhe des Wirtschaftswachstums auf der einen und der Höhe der Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite bestehen, ist umstritten. Wie Grafik 3 veranschaulicht, ist aber auch im Falle von Österreich eine zumindest grundsätzliche Korrelation feststellbar. Die Arbeitslosenquote ist, wie in vielen Volkswirtschaften, tendenziell im Steigen begriffen (von im Schnitt 1,7% in den 1970er Jahren auf 6,6% im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends).

Grafik 2

Bruttoinlandsprodukt und Wachstumsraten (real) von Österreich 1970-2009



Quelle: OECD.StatExtracts, National Accounts, URL: <http://stats.oecd.org>

www.wachstumsstudien.de

© Institut für Wachstumsstudien



1.3 Staatsverschuldung

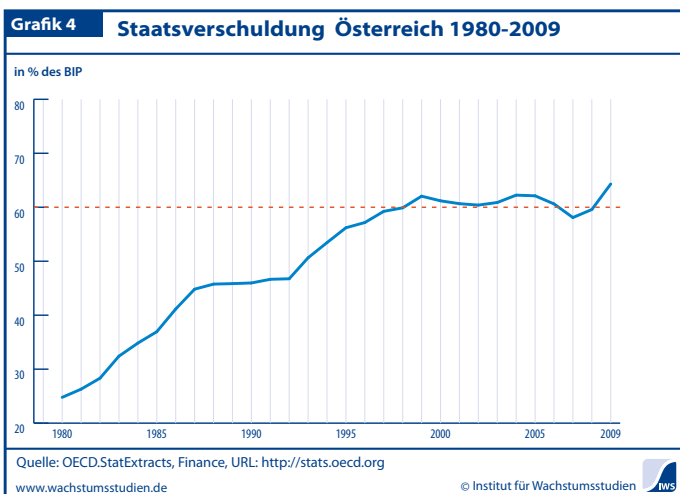
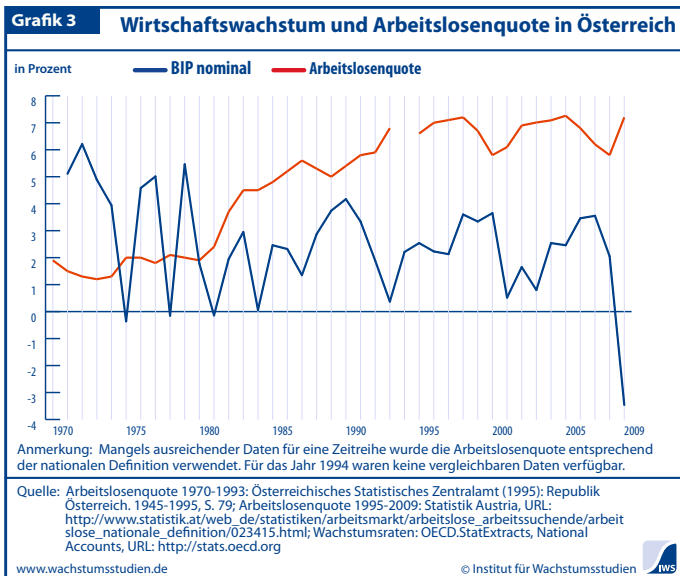
Als ebenfalls charakteristisch für eine ‚reife‘ Volkswirtschaft ist der nahezu ununterbrochene Anstieg der österreichischen Staatsverschuldung zu bezeichnen. Auch relativ zum Bruttoinlandsprodukt stieg die Verschuldung an und überschritt Ende der 1990er Jahre die Maastricht-Grenze von 60%. Nach einem zwischenzeitlich leichten Rückgang hat sich im Zuge der internationalen Wirtschaftskrise der relative Verschuldungsstand zuletzt weiter deutlich erhöht auf mittlerweile 64,3%.

2 Die Wachstumsdebatte

Bei der Darstellung der länderspezifischen Wachstumsdebatte handelt es sich um keine umfassende Medienana-

lyse. Ziel ist es lediglich, einen groben Eindruck davon zu erhalten, wie über das Thema „Wirtschaftswachstum“ in den jeweiligen Ländern diskutiert wird. Zu diesem Zweck wurden insbesondere Presseartikel seit dem Jahr 2000 recherchiert.

Die Wachstumsdebatte in Österreich scheint in vielerlei Hinsicht der in Deutschland zu ähneln. Dies beginnt bereits bei der Darstellungsweise, wird das Wachstum doch durchgängig in Prozentangaben ausgedrückt. Insbesondere soweit es dabei um langfristige Zukunftserwartungen geht,¹ kommt damit implizit das Ziel eines exponentiellen Wachstums zum Ausdruck. Überraschen kann dies natürlich allein schon deshalb nicht, weil sich Österreich im Jahr 2000 zusammen mit den anderen EU-Staaten dem 3%-Wachstumsziel der Lissabon-Strat-



ategie verpflichtet hat. Ähnlich wie in Deutschland werden niedrige Wachstumsraten gelegentlich im Rahmen einer ‚Schlusslichtdebatte‘ diskutiert.² Bei Vergleichen mit anderen Staaten werden vor allem die aktuellen Wachstumsraten herangezogen und erst in zweiter Linie das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (BIP p.K.).³ Derartige Vergleiche greifen insbesondere dann zu kurz, wenn Österreich oder Europa dabei Ländern wie China oder Indien gegenübergestellt wird⁴ – beides Volkswirtschaften mit einem viel geringeren Wohlstandsniveau (China ca. 16%, Indien ca.

7% des österreichischen BIP pro Kopf⁵). Vergleiche dieser Art zeigen zum einen, dass die Hauptaufmerksamkeit den Zuwachsraten des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands gilt und nicht dem Wohlstandsniveau selbst. Zum anderen wird einmal mehr deutlich, dass der typischerweise lineare Wachstumstrend kaum Beachtung findet: Dieser führt zu umso höheren prozentualen Zuwächsen je niedriger das Ausgangsniveau ist. Im Vergleich höhere Wachstumsraten spiegeln also nicht zwangsläufig eine höhere wirtschaftliche Dynamik wider.

Dass mehr Wachstum „das vorrangige Ziel der Wirtschaftspolitik sein“ müsse (so das österreichische Wirtschaftsforschungsinstitut „Wifo“), ist ebenfalls eine Argumentation, die Parallelen zur Debatte in Deutschland aufweist.⁶ Begründet wird dies insbesondere damit, dass Wachstum die Voraussetzung zur Senkung der Arbeitslosigkeit sei,⁷ hierfür werde „ein höheres Wachstum als 2,5 Prozent“ gebraucht.⁸ Wie allerdings dieses Ziel zu erreichen ist, darüber besteht erwartungsgemäß Uneinigkeit.⁹

Die Auswirkungen der Internationalen Wirtschaftskrise, deren Ausmaß (das österreichische BIP ging 2009 um rund 3,6% zurück¹⁰) anfangs nicht erfasst wurde,¹¹ prägten die Diskussion ab dem Jahr 2008 und können nicht als Teil der ‚typischen‘ Wachstumsdebatte gesehen werden. Bei der Bekämpfung der im Zuge der Wirtschaftskrise stark gestiegenen Staatsverschuldung allerdings kommt dem wirtschaftlichen Wachstum die vertraute Schlüsselrolle zu: Die Industriellenvereinigung etwa warnte, dass Österreich im Jahr 2013 „mit rund elf Mrd. Euro voraussichtlich genau so viel an Zinsen für die rapide steigenden Staatsschulden bezahlen [wird] wie für Forschung und Entwicklung“. Um wieder die Maastricht-Grenze von 60% zu erreichen, sei es nötig „zehn Jahre lang eisern [zu] sparen“. Die vorgestellten Sparpläne aber würden nur aufgehen, wenn es zugleich ab dem Jahr 2012 ein jährliches Wachstum von 3,8% gibt.¹² Der Staatsschuldenaussschuss rechnete in ähnlicher Weise vor, dass die Verschuldungsgrenze der EU selbst bei „der (freundlichen) Annahme von einem Prozent Defizit und vier Prozent [nominellem] Wirtschaftswachstum“ erst im Jahr 2023 wieder eingehalten werden könne.¹³ Und auch österreichische Forschungsinstitute kamen zu dem Schluss, dass man mit „Sparen [...] das Problem [...] nicht in den Griff bekommen“ werde, benötigt würden „auch hohe Wirtschaftswachstumsraten“.¹⁴ Obwohl das Wachstumsziel unangefochten erscheint, mehren sich seit Beginn der Internationalen Finanzkrise kritische Stimmen. Zwar wurden bereits lange zuvor die ökologischen Auswirkungen von weiterem wirtschaftlichem Wachstum diskutiert,¹⁵ doch die Finanzkrise hat die

– teils noch sehr abstrakt anmutende – Diskussion um ein neues „Wachstumsverständnis“ auch in Österreich befeuert.¹⁶ Die Presse scheint diese kritischen Ansätze nur teilweise widerzuspiegeln. Internetauftritte etwa des Instituts „Seri“ aus Wien belegen, dass gerade zum Thema „Nachhaltigkeit“ schon seit geraumer Zeit umfassend geforscht wird. In Verbindung damit sind neue Portale entstanden, so auch die Seite „wachstumimwandel.at“. Gerade dieser Internetauftritt belegt, dass die wachstumskritische Diskussion in Österreich offenbar schon weitaus

stärker bei staatlichen Stellen angekommen ist, als dies bislang in Deutschland der Fall ist. So werden als Partner der Seite unter anderem das österreichische Bundeskanzleramt, thematisch nahe stehende Bundesministerien sowie die österreichische Nationalbank geführt. Die sich aus dem linearen Wachstum ergebenden Konsequenzen werden hier ebenfalls behandelt und zu diesem Zweck die Forschungsarbeit des IWS zitiert.¹⁷ Vereinzelt schlägt sich dies wiederum auch in der Presse nieder.¹⁸

Anmerkungen

- 1 „Wachstum auf drei Prozent treiben“, in: Die Presse v. 24.03.2008.
- 2 Geyer, in: Wirtschaftsblatt v. 14.11.2002.; „Konjunkturprognose“, in: Die Presse v. 30.06.2004.
- 3 „Diskussion: Der Sozialstaat führt zu Ungerechtigkeit“, in: Die Presse v. 03.07.2006; „Deutschland hinkt Österreich wirtschaftlich hinterher“, in: DPA-AFX v. 27.12.2007.
- 4 Holley-Spiess, in: Wirtschaftsblatt v. 10.06.2005, S. 13.
- 5 OECD.Stat; eigene Berechnungen.
- 6 Washietl, in: Wirtschaftsblatt v. 09.06.2005, S. 10–11.
- 7 so etwa Herbert Tumpel, Präsident der Arbeiterkammer Wien (in: Wirtschaftsblatt v. 04.03.2004, S. 6), die Forschungsgesellschaft Synthesis (in: Die Presse v. 16.02.2005.) oder das Institut für Höhere Studien und das Wirtschaftsforschungsinstitut (in: Die Presse v. 01.10.2005.); vgl. auch Holley-Spiess, in: Wirtschaftsblatt v. 05.01.2006, S. 3 oder „Konjunktur: Der Aufschwung wird zäh“, in: Die Presse v. 26.11.2009.
- 8 „Es droht Kultur der Langzeitarbeitslosigkeit“, in: Die Presse v. 28.03.2008.
- 9 vgl. etwa Forderungen nach einer Einführung einer „Flattaxrate“ (Zischg, in: Wirtschaftsblatt v. 02.10.2003, S. 18) oder stärkerer Lohnzurückhaltung (Lammer, in: Die Presse v. 21.07.2007).
- 10 Eurostat: Wachstumsrate des realen BIP, URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsieb020> (15.03.10).
- 11 „Prognose für 2008 und 2009: Internationale Finanzkrise bremst Wirtschaftswachstum“, in: DPA-AFX v. 28.03.2008; Pöll, in: Die Presse v. 20.01.2009.
- 12 „Zehn magere Jahre zum Wohle des Finanzministers“, in: Die Presse v. 21.10.2009.
- 13 „Schuldenabbau dauert Jahrzehnte“, in: Die Presse v. 09.07.2009.
- 14 „Konjunktur: Der Aufschwung wird zäh“, in: Die Presse v. 26.11.2009.
- 15 „Verbund: Kyoto könnte bis zu 50 Mio EUR kosten“, in: TradeNews Energy v. 25.09.2003.
- 16 Fischler, in: Der Standard v. 15.05.2009, S. 15.
- 17 Vgl. Holzinger (2010); Hinterberger /Hutterer/Omann u.a. (2009).
- 18 Vgl. Gaulhofer, in: Die Presse v. 19.09.2009.

Quellen

Hinterberger, Friedrich / Hutterer, Harald / Omann, Ines / Freytag, Elisabeth: Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium 2009, URL: <http://www.wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/wiw-buchoutline2.pdf> (29.02.2010).

Holzinger, Hans: Wirtschaften jenseits vom Wachstum? Befunde und Ausblick 2010, URL: http://www.wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/Wirtschaften-jenseits-Wachstum_korrektur_2.pdf (30.03.2010).

OECD.Stat, URL: <http://stats.oecd.org/Index.aspx> (28.02.2010).